

31. März 2020

# DK-Statement als Reaktion auf Bundesfinanzminister Scholz wegen Corona- Krediten



Die Deutsche  
Kreditwirtschaft

Zu den Äußerungen von Bundesfinanzminister Scholz, die Banken sollten bei Corona-Krediten Fünfe gerade sein lassen (Quelle: dpa) äußert sich Marija Kolak, Präsidentin des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), diesjähriger Federführer der Deutschen Kreditwirtschaft, wie folgt:

"Banken und Sparkassen in Deutschland leisten derzeit einen historisch unvergleichlichen Kraftakt, um den Unternehmen bei der Kreditvergabe zu helfen. Sie bündeln in der personellen

## Kontakt

Cornelia Schulz  
Für die Deutsche  
Kreditwirtschaft  
Bundesverband der  
Deutschen Volks-  
banken und Raiffei-  
senbanken  
Pressesprecherin  
Tel. +49 30 2021  
1300

**presse-  
stelle@bvr.de**

Steffen Steudel  
Für die Deutsche  
Kreditwirtschaft  
Bundesverband der  
Deutschen Volks-  
banken und Raiffei-  
senbanken  
Pressesprecher  
Tel. +49 30 2021  
1300

**presse-  
stelle@bvr.de**

Dr. Kerstin Altendorf  
Bundesverband  
deutscher Banken  
e.V.  
Pressesprecherin  
Tel. +49 30  
1663-1250

**kerstin.altendorf@bdb.de**

Sandra Malter  
Bundesverband  
Öffentlicher Banken  
Deutschlands e. V.  
Tel. +49 30  
8192-164

**sandra.malter@voeb.de**

Stefan Marotzke  
Deutscher  
Sparkassen- und  
Giroverband e. V.  
Pressesprecher

Tel. +49 30  
20225-5110

**stefan.marotzke@dsgv.de**

Dr. Helmut Bander

## Presseinformation

Unterstützung ihre Kräfte und arbeiten in Taskforces und Sonderschichten, leisten derzeit eine Kundenberatung, die an Intensität ihresgleichen sucht. Allerdings können Banken und Sparkassen nicht von der Aufsicht vorgegebene Anforderungen oder ihre kaufmännische Sorgfalt über Bord werfen. Dies wäre kontraproduktiv und nützt weder Unternehmen noch den Bürgern. Es würde auch nicht zur Finanzmarktstabilität beitragen. Die Bundesregierung ist gefordert, Unternehmen auch über weitere Maßnahmen als die Vergabe von Krediten, die sie später wieder zurückzahlen müssen, zu unterstützen. Die Wirtschaft braucht noch mehr Rückendeckung und umfassendere steuerliche Erleichterungen."